

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 25.04.2026)

Titel: Prävention und Aufarbeitung jetzt!

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:

Antragstext

1 Die deutsche Polizei schlägt immer wieder über ihre gesetzlichen
2 Rahmenbedingungen hinaus und verstößt gegen ihren Auftrag zum Dienst für die
3 Öffentlichkeit. Das reicht von obrigkeitsstaatlicher Attitüde gegenüber
4 Bürger*innen, verdrehter öffentlicher Darstellung von Tatsachen, offensichtlich
5 ungerechtfertigter Überwachung, verbaler und körperlicher Gewalt bis hin zum
6 Tod.

7 Rechtswidriges Verhalten in Uniform bleibt für die Täter noch zu oft folgenlos,
8 die Politik tatenlos und für die Öffentlichkeit unbemerkt. Betroffen sind
9 Journalist*innen, Demonstrant*innen oder Fußballfans, aber auch völlig
10 Unbeteiligte, die einfach nur zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

11 Die Politik muss daher Maßnahmen zur Ahndung und zur Prävention von
12 polizeilichem Fehlverhalten und Polizeigewalt treffen. Das ist kein Ausdruck
13 eines „Generalverdachts“, sondern die nötige demokratische Grundlage für die
14 Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols.

15 Gleichzeitig sind selbst die Beamten, die sich um eine rechtsstaatlich
16 einwandfreie Ausübung ihres Berufes bemühen, viel zu oft völlig überlastet und
17 werden nicht adäquat unterstützt. Hier muss der Staat als Arbeitgeber
18 nachbessern.

19 Die Jusos Dresden setzten sich dafür ein, entsprechende Maßnahmen
20 mitzugestalten.

21 Diese Maßnahmen können beinhalten:

- die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen mit eigener

23 Ermittlungskompetenz. Diese dürfen nicht bei der Polizei oder dem
24 Innenministerien angesiedelt sein, sondern bei den Parlamenten oder
25 anderen wirklich unabhängigen Stellen

26 • die weitere Reform der Polizeiausbildung. Dabei müssen der demokratische
27 Charakter des Polizeidienstes, Grundrechte, politische Bildung, das
28 Verhältnis der Beamten zu den Bürger*innen und interkulturelle Kompetenz
29 einen zentralen Stellenwert einnehmen. Wer diese Aspekte nicht sichtbar
30 meistert, sollte nicht in den Polizeidienst übernommen zu werden.
31 Eventuelle Personalengpässe dürfen dabei keine Rolle spielen.

32 • Verpflichtende und regelmäßige Fortbildungen zu diesen Problematiken

33 • mehr und bessere Maßnahmen zur Stressbewältigung für Polizeikräfte (z.B.
34 Nachbereitung von Einsätzen mit Psycholog*innen, bessere
35 Personalverteilung und Aufgabenverlagerung)

36 • die Neugestaltung von Kooperationsgesprächen im Vorfeld von und der
37 Auswertung nach größeren Polizeieinsätzen. Hier soll die Öffentlichkeit,
38 u.a. in Form von Anmelder*innen, Journalist*innen und interessierten
39 Bürger*innen angemessen beteiligt werden. Insbesondere sollen bei der
40 Auswertung auch kritische Aspekte des Polizeieinsatzes angemessen
41 beleuchtet werden und die Polizei nicht einseitig mit ihrer Deutung zu
42 Wort kommen.

43 • Angebote an die Zivilgesellschaft zur Förderung des Wissens über die
44 eigenen Rechte bei einem Polizeieinsatz.